

Vor Eintritt in die Diskussion erklärt der Bürgermeister, dass man sich auf eine Stellungnahme auch innerhalb der 19 betroffenen Bürgermeister im Rhein-Sieg-Kreis verständigt habe. Die Stellungnahme sei vom Bürgermeister der Stadt Rheinbach zusammengefasst worden und ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt.

Herr Meeser bezieht sich auf die Vorschläge der Kämmerer, wie der Kreis sein freiwilliges HSK umgehen könne. Vor dem Hintergrund müsse die Zeit des „Bittens“ vorbei sein. Vielmehr solle man die formulierten Punkte „einfordern“ und dies auch in der Formulierung der Stellungnahme deutlich machen. So unterstütze man auch die anderen Kommunen, die im Gegensatz zu Eitorf in ein HSK gehen müssen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass ein Rechtsanspruch einforderbar sei, hier aber die zu verwendende Vokabel noch genau gefunden werden müsse.

Auf Frage von Herrn Langer erklärt der Bürgermeister, dass man bei der Einbringung des Haushaltes und der Vermeidbarkeit des HSK bereits eine 3%ige Erhöhung der Kreisumlage einkalkuliert habe. Allerdings sei unter diesen Voraussetzungen die Ausgleichsrücklage in hohen Teilen aufgebraucht. Erhöhe der Kreis nicht wie angekündigt, sei man finanziell nicht freier, sondern halte lediglich das Defizit geringer.

Herr Sonntag bittet auch, die Belange des Rhein-Sieg-Kreises zu berücksichtigen. So greife ein Rad in das andere und Kirchturmdenken müsse vermieden werden. Man müsse auch die mittelfristige Finanzplanung im Auge behalten. So müsse man sich die Frage stellen, wie sich mittelfristig die Situation darstelle, wenn man heute in Gänze auf eine Erhöhung der Kreisumlage verzichte. Insofern habe es durchaus einen „taktischen Charme“, wenn man sich frühzeitig mit einer moderaten Erhöhung der Kreisumlage anfreunde unter Hinzuziehung der erforderlichen Einsparpotentiale. Seine Fraktion halte eine Art „Drittmix“ für vorstellbar, bestehend aus einer moderaten Erhöhung der Kreisumlage, Ausnutzung der Einsparmöglichkeiten sowie den moderaten Griff in die Ausgleichsrücklage. In diese Richtung halte man eine Stellungnahme an den Kreis für sinnvoll. So erspare man sich ggf. eine massive Erhöhung der Kreisumlage in Höhe von 5-6 % in 2012.

Herr Gräf ist der Meinung, dass auch der Kreis seine Hausaufgaben machen müsse. So sei auch er gefordert, im Bereich der Personal- und Sachkosten einzusparen. Ziffer 5 der Stellungnahme beinhalte durchaus ja auch das „Prinzip Hoffnung“. So wisse man heute ja noch gar nicht, ob die Rahmenbedingungen in 2012 überhaupt eine Erhöhung erforderten. Die FDP halte es nicht für sinnvoll, aus der Phalanx der anderen Kommunen auszuscheren. Man solle so entscheiden, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Herr Langer erklärt, dass man der Argumentation von Herrn Sonntag in gewisser Weise folgen könne. Erhöhe der Kreis im nächsten Jahr umso massiver die Kreisumlage, drohe dann ggf. ein Nothaushalt. Insofern sei es zwar sinnvoll Druck aufzubauen, solle aber die Formulierung etwas allgemeiner halten. Ergänzend weist er auf die Belastung des Kreises durch vom Land übertragene Aufgaben hin.

Herr Strack schildert die Meinungsbildung innerhalb der einzelnen Gemeinden. Zwar sei speziell für Eitorf zum heutigen Zeitpunkt eine moderate Anhebung der Kreisumlage zur Vermeidung einer massiven Erhöhung in 2012 vorstellbar, jedoch habe man sich beim Textentwurf am

schwächsten Glied orientiert. Bei der Meinungsfindung habe man durchaus auch die Sorgen des Kreises in die Überlegungen einbezogen und bewusst nicht beim Kreis entstandene Mehrkosten moniert. Zwar müsse jeder seine Hausaufgaben machen, jedoch müsse der Kreis selber wissen, wie er dies zu tun habe.

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Kreis als Partner angesehen werde. Insofern biete es sich an, über die zur Diskussion stehende Sprachregelung nachzudenken. Ein deutliches Signal senden, sei die eine Sache, die Formulierung solle man aber bei „bitten“ lassen. Dies entspreche eher der Terminologie unter Partnern.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass die Kreistagsfraktion der SPD bereits den Haushaltsentwurf des Kreises eingesehen habe. Einsparpotentiale seien hierbei aber nicht zu erkennen. So sei nach wie vor noch kein Rückgriff auf die im Kreisbesitz befindlichen RWE-Aktien erfolgt.

In weiteren Wortbeiträgen (Herr Langer, Herr Sonntag) wird der Verkauf der RWE-Aktien aus rein wirtschaftlichen Gründen als unrealistische Lösung angesehen.

Herr Sonntag geht noch einmal konkret auf die 5 Punkte des Beschlussvorschlages ein. Man könne im Prinzip mit allen Vorschlägen leben, bitte jedoch in Punkt 2 auf den Klammerzusatz (mit Ausnahme einer Anpassung des Umlagesatzes für die Kreisumlage) zu verzichten und in Punkt 3 das Wort „weitestgehend“ (...auf eine Anhebung des Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage zu verzichten) einzufügen.

Der Bürgermeister macht noch einmal deutlich, dass man durchaus den Druck aufrechterhalten müsse und zunächst auf den Verzicht der Kreisumlagerenerhöhung hinwirken müsse. Dann werde es wahrscheinlich zu einem Kompromiss kommen.

Herr Gräf macht noch einmal deutlich, dass hier ein einvernehmlicher Vorschlag aller 19 Kommunen vorliege. Es mache keinen Sinn, hier auszuscheren. Letztendlich entscheide doch der Kreis als Souverän.. Daher stimme die FDP gegen einen Änderungsantrag.

Herr Langer verweist noch einmal auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre. So habe der Kreis nach HSK-bedingten Erhöhungen der Kreisumlage diese jeweils auch wieder gesenkt.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimme.

Auf Frage des Bürgermeisters erklärt Herr Meeser, dass er eine andere als zunächst beantragte Formulierung gefunden habe. So sei eine Ergänzung „bittet **nachdrücklich** den Landrat bzw. den Kreistag...“ vorstellbar.

Der Bürgermeister fasst das Beratungsergebnis zusammen. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung gehe weiter als der von der CDU modifizierte Änderungsantrag. Insofern lasse er zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung – unter Berücksichtigung der von Herrn Meeser vorgeschlagenen ergänzenden Formulierung – abstimmen.